

Amts- und Anzeigebblatt

Für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich 4 RM. 10 Pf., aber monatlich 1 RM. 60 Pf. in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Zu Hause höherer Besatz — Krieg aber sonstiger ungewöhnlicher Bedingungen des Betriebes der Zeitung, der Abonnenten oder der Besondereinrichtungen — bei der Ausgabe ist dem Abnehmer auf Verlangen oder Nachlieferung der Zeitung ohne auf Verlangen des Bestellers.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberkühnengrün, Schönheide, Schönholderhammer, Soja, Unterkühnengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die Kleinplattige Zeile 26 Pf. Im Restamt die Zeile 60 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 60 Pf. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.

Neuzeit Nr. 119.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hanneböh in Eibenstock.

66. Jahrgang.

Nr. 275.

Freitag, den 28. November

1919.

16. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sonntag, den 30. November 1919, vormittags 11 Uhr im Sitzungssaale des Rathauses.

Tagesordnung.

Wahl der unbesetzten Stadträte auf die Jahre 1920—1922. Eibenstock, den 25. November 1919.

Der Stadtverordnetenvorsteher und Wahlkommissar. Hans Hoehl.

Das Urteil der Geschichte.

Die Deutschland in seinen Auseinandersetzungen mit der Entente sich für sein Recht auf das Urteil der Geschichte, das heißt einer unparteiischen, auf den klaren Tatsachen beruhenden Zukunft berufen hat, so hat das auch Feldmarschall von Hindenburg vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Berlin für den Standpunkt der obersten Heeresleitung während des Krieges getan. Wir erfahren daraus, wie das gewaltige Völkerdrama von 1914 bis 1919 die Meinungen nicht nur aufgerüttelt, sondern auch durcheinandergerüttelt hat. Es kommen so viele Gesichtspunkte in Betracht, daß erst die spätere Beurteilung das Wichtige von dem Unwesentlichen trennen und an der Hand der Folgen feststellen kann, worauf es ankam. Niemand wird es wagen, Hindenburg Entstellungen vorzuwerfen; nur das dürfen wir nicht vergessen, daß der Soldat anders denkt, als der Politiker. Das war auch 1870 bis 1871 so, und daß damals Politik und Militärwesen zwei gleichwertige Vertreter besaßen, während jetzt die Politik des klaren Zieles entbehrt und ihn auch nicht durch eine Verhandlung mit der Obersten Heeresleitung herbeizuführen vermochte. Es fehlte diejenige Persönlichkeit, die einen autoritativen Willen besaß!

Unsere Friedenspolitik vor 1914 hat versagt! Dieser Ausdruck Hindenburgs ist unantastbar. Und sie mußte versagen, weil bei uns der Sinn für die brutale Wirklichkeit im Auslande fehlte. Unsere leitenden Stellen sahen die Träger der fremden Staatsinteressen so, wie sich dieselben wünschten, nicht, wie diese waren. Und von diesem Mangel an Schulung sind wir heute noch nicht frei. Es wird immer noch an den aufrichtigen Friedenswillen Wilsons geglaubt, obwohl doch, ohne des Präsidenten schweizende Zustimmung die englische Hungerblockade gegen Deutschland niemals hätte einsehen, niemals auch der Verzicht auf die 14 Punkte hätte stattfinden können. Deutschland war friedlich, aber diese aufrichtige Gesinnung ist uns niemals gedankt worden, auch von seinen „Betteln“ nicht, auf deren Einfluß der letzte Kaiser so sehr gebaut hat.

Die Macht- und Kraftverhältnisse in Menschen, Munition und Waffen waren für uns bei Kriegsbeginn schon ungünstig, und sie verschlechterten sich später noch mehr. Deshalb hat sich die Oberste Heeresleitung bemüht, den Krieg so schnell wie möglich zu einem ehrenvollen Frieden zu bringen, und sie hat auch den U-Bootskrieg als ein Mittel zu diesem Zweck betrachtet. Hätte das deutsche Volk aber bei Zeiten den vollen Ernst der Lage gekannt, so wären wohl jene geheimen Unterströmungen vermieden, die schließlich zu Zusammenbruch und Revolution führten. Der Siegeswille war bei uns sehr stark. Daß er gelitten hat, daran war der Parteizwist nicht ohne Schuld. Aber dieser Parteizwist hätte sich nicht so entfalten können, wenn ein zielbewußter Führer vorhanden gewesen wäre. Denn wir immer wieder auf diesen Mangel stoßen, so müssen wir indessen hinzusetzen, daß es den Reichstagsparteiern an Männern gebrach, welche die Führung hätten führen und stärken können. Wir brauchen uns nach keinem Staatsmann von der kalten Härte Clemenceaus zu sehnen, aber wir hatten nicht einmal einen von seiner Energie. Und Clemenceau war, bevor er Reichspräsident wurde, einfacher Abgeordneter. Wir wollen die folgenden Tatsachen zusammen-

stellen, sie werden manches der Ueberzeugung und der Einsicht näher bringen. Deutschland kam in den Krieg, weil ihm für seine Politik die richtige Beurteilung des Auslandes fehlte, das uns zum Teil politisch oder wirtschaftlich vernichten wollte. Es traute Amerika zu lange und legte sich daher militärisch weiter fest, als seinen Kräften entsprach. Als der U-Bootskrieg zu wirken begann, setzten auch die Wiener Indiskretionen ein. Der Vernichtungswille der Entente wuchs, und bei uns vor und neben der revolutionären Agitation Gewinnsucht, Hamsterei, Schleichhandel und Wucher, Leppigkeit und Hunger standen gegenüber im Innern und schufen Erbitterung. Amerikas Uebermacht und der Zusammenbruch der Alliierten lähmten das Vertrauen, und als Wilson bei einer Aenderung der Staatsform eine milden Frieden in Aussicht stellte, kam die Revolution.

Wm.

Was die neue Reichseinkommensteuer bedeutet.

Nach dem ersten Entwurf dieser Steuer, der natürlich im Reichsrat oder in der Nationalversammlung noch Änderungen erfahren kann, beträgt die Jahressteuer bei einem Einkommen von 5000 Mark, das also einem Wochenlohn von 100 Mark entspricht, 460 Mark. Dazu kommen, wenn das Einkommen aus festverzinslichen Papieren herrührt, noch 500 Mark Kuponsteuer. Stammt das Einkommen aus Aktien, so werden davon 1000 M. Dividendensteuer extra erhoben. Beträgt das Einkommen 16 000 Mark, so ist die Steuer 4000 Mark pro Jahr. Dazu 10 Prozent Kuponsteuer oder 20 Prozent Dividendensteuer. Ein Einkommen von 150 000 Mark soll 75 000 Mark jährlich Steuern zahlen; hat der Mann von diesen 150 000 Mark zwei Drittel aus Staatspapieren und ein Drittel aus Aktien, so hat er im Ganzen 90 000 M. Steuern von seinen 150 000 Mark Einkommen jährlich zu entrichten, so daß ihm nur noch 60 000 M. zum Verzehren bleiben. Man kann sagen, auch das ist noch genug. Und das ist richtig. Aber wenn von den großen Einkommen so viel durch Steuern fortgenommen wird, so wird auch das Bemühen sinken, dazu zu kommen. Denn es lohnt nicht, man arbeitet nur für die Steuern.

Werden die großen Einkommen aufgefressen, so wird natürlich schließlich mehr auf die mittleren und kleineren Einkommen abgedrückt werden müssen, denn irgendwoher muß doch das Geld kommen. Das alles ist wohl gemerkt für das Reich, und die Einkommensteuer ist nur eine von den zahlreichen Reichsteuern. Nur müssen aber auch noch die Staaten, die Städte und die Gemeinden ihre Ausgaben decken, denn vom Reiche erhalten sie nur wenig, wir erhalten also noch besondere Staats- und Gemeindeabgaben. Dagegen fällt die Einkommensteuer der Einzelstaaten und der Zuschlag dazu in den Städten und Gemeinden vom 1. April 1920 fort. Damit hört also das Bestimmrecht der Stadt- und Kreisverwaltungen über die Einkommensteuer auf, das auf die Finanzämter des Reichs übergeht. Wie die Staaten, Städte und Gemeinden ihre Ausgaben decken sollen, ist noch eine offene Frage. Da Gewerbesteuer, Vergütungssteuer und ähnliche Abgaben es allein nicht leisten, werden wir leichtmöglich nach französischem Vorbilde zu städtischen Verzehrungssteuern kommen.

Wm.

Die deutsche Antwort auf Clemenceaus Note.

Berlin, 26. November. Die Reichsregierung hat auf die letzte Kriegsgefangenennote der Entente

mit folgender Note geantwortet, welche heute in Paris übergeben wird:

Auf die am 21. November in meine Hand gelangte Note vom 15. November, betreffend die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich, beehre ich mich, Eurer Erzählung im Austrage meiner Regierung folgendes mitzuteilen:

Die französische Regierung stellt die Behauptung auf, sie habe niemals etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Sie hat anscheinend ihre amtliche, durch die Agence Havas am 29. August 1919 veröffentlichte Bekanntmachung vergessen. Diese Bekanntmachung lautete:

Um so rasch wie möglich die durch den Krieg verursachten Leiden zu mindern, haben die alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er die Heimführung der deutschen Gefangenen betrifft, vorzudatieren. Die Arbeiten der Heimführung werden sofort beginnen, und zwar unter Leitung einer internationalen Kommission, welcher nach Inkrafttreten des Vertrages ein deutscher Vertreter beigegeben werden soll. Die alliierten und assoziierten Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende Haltung, aus der die deutschen Soldaten so große Vorteile ziehen werden, nur dann voll Dauer sein wird, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen.

Die französische Regierung behauptet selbst nicht, daß sie diese Zusage zurückgenommen habe, weil die deutsche Regierung oder das deutsche Volk die ihnen obliegenden Verpflichtungen nicht erfüllt hätten. Eine solche Zurücknahme hätte ja mindestens auch der deutschen Regierung mitgeteilt werden müssen. Vielmehr feugnet die französische Regierung einfach, irgend ein Versprechen abgegeben zu haben. Diese widerspruchsvolle Haltung ist um so unverständlicher, als die Erklärung vom 29. August nicht etwa ein freies Zugeständnis war, welches aus Gründen der Menschlichkeit erteilt wurde, sondern die Gegenleistung für Zugeständnisse, zu denen die französische Regierung die deutsche Regierung dadurch veranlaßt hatte, daß sie ihr ein Entgegenkommen in der Kriegsgefangenenfrage versprach. Es handelt sich dabei um die Kohlenlieferungen und um den Fall des Sergeanten Manheim.

Bei den Pariser Verhandlungen über die Lieferung von Kohlen an Frankreich wurde vom deutschen Vertreter am 22. August erklärt, Deutschland werde für seine Wünsche in der Kriegsgefangenenfrage kein Gehör finden, ehe mit den Kohlenlieferungen begonnen worden sei; sobald diese eingeleitet hätten, werde die Entente in dieser Frage weiteres Entgegenkommen zeigen. Im Falle des Sergeanten Manheim hatte die deutsche Regierung die Zahlung der unter Androhung militärischer Zwangsmassnahmen der Stadt Berlin auferlegten Buße von 1 Million Francs abgelehnt. Darauf wurde ihr von autorisierter französischer Stelle nahegelegt, die Angelegenheit durch ein Entgegenkommen aus der Welt zu schaffen. In diesem Falle werde Marshall Foch seinen Einfluß für die alsbaldige Rücksendung der deutschen Kriegsgefangenen ein-

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

ihre Besitz erleichtert Deine Steuern!